

Schulz mahnt Interessenausgleich zwischen Naturschutz und Landwirtschaft an

Bei der anstehenden Übertragung von weiteren 20 000 ha aus dem Bestand der Bodenverwertungs- und -verwaltungsgesellschaft (BVVG) in das Nationale Naturerbe (NNE) sollte ein fairer Interessenausgleich zwischen Naturschutzaspekten und den Belangen der Landwirtschaft sichergestellt werden. Das fordert der vergangene Woche aus dem Amt geschiedene BVVG-Geschäftsführer Stefan Schulz im Interview mit AGRA-EUROPE. Nach seinen Angaben hat die BVVG inzwischen 27 000 ha als potentiell für das NNE in Frage kommend von einem Verkauf ausgenommen. Jetzt gehe es darum, dieses Flächenpotential auf den im Koalitionsvertrag geforderten Umfang von 20 000 ha zu reduzieren.

Länderberichte 1

Kritik an Kürzungsplänen zur Zweiten Säule - Berlin und Paris fordern Umweltminimalziele

Die Mehrheit der EU-Agrarminister lehnt die geplante Kürzung der Zweiten Säule ab. Zu den heftigsten Gegnern zählt Slowenien, das beim Ratstreffen von EU-Agrarkommissar Phil Hogan mit Nachdruck mehr Geld für die ländliche Entwicklung verlangte. Der Ire verwies indes darauf, dass die EU-Länder die Zweite Säule bis zu 15 % kofinanzieren könnten. Derweil warnten Bundesministerin Julia Klöckner und ihr französischer Kollege Didier Guillaume vor einem Unterbietungswettbewerb bei den Agrarumweltmaßnahmen. Guillaume forderte im Budget ein Minimalziel für die entsprechenden Instrumente. Unterdessen scheinen sich die Verhandlungen zur GAP-Reform im Landwirtschaftsausschuss des EU-Parlaments festzufahren.

EU-Nachrichten 2, 3 und 4

Südzucker kündigt Werksschließungen an - Zuckerwirtschaft fordert „Fair Play“

Auch die Südzucker AG hat jetzt Restrukturierungsmaßnahmen angekündigt. Zwei Werke stehen zur Schließung bereits fest. Wie ein Konzernsprecher gegenüber AGRA-EUROPE bestätigte, werden die Fabriken in Warburg und Brottewitz nach der Kampagne 2019/20 für immer schließen. Für die übrigen Verarbeitungsstätten in Deutschland könne man aber noch keine Entwarnung geben. Derweil schlägt die gesamte deutsche Zuckerwirtschaft Alarm: Die Wirtschaftliche Vereinigung Zucker (WVZ) fordert ein „Fair Play“ auf dem Zuckermarkt. Viele Länder verzerrten den Wettbewerb mit nationalen Alleingängen, etwa in den Bereichen Prämien und Pflanzenschutz. Und Brüssel schaue untätig zu, beklagt die WVZ.

Länderberichte 12 und 13

Berlin muss beim Düngerecht nachbessern

Die Bundesregierung sieht sich gezwungen, die Düngeverordnung erneut zu ändern. Entsprechende Vorschläge hat sie in der vergangenen Woche der EU-Kommission zukommen lassen. Diese sollen der Brüsseler Kritik an den geltenden Regelungen Rechnung tragen und ein zweites Vertragsverletzungsverfahren mit möglicherweise daraus resultierenden Strafzahlungen von bis zu 860 000 Euro pro Tag abwenden. Vorgesehen ist zum einen, den bislang geforderten Nährstoffvergleich durch eine Aufzeichnungspflicht über die aufgebrauchten Düngermengen zu ersetzen, um so die Einhaltung des ermittelten Düngerbedarfs besser zu kontrollieren. Zum anderen soll es zusätzliche Maßnahmen in nitratbelasteten Gebieten geben. Dazu zählt unter anderem ein Verbot der Herbstdüngung bei Wintergerste und Winterrap. Zudem sollen in den „roten Gebieten“ die geltenden Sollwerte für die Düngedarfsermittlung um 20 % niedriger liegen als anderenorts. Schließlich soll die Einhaltung der Stickstoffobergrenze von 170 kg pro Hektar und Jahr für organische Düngemittel schlagbezogen erfolgen. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner bezeichnete diese Maßnahmen als unvermeidlich. Der Deutsche Bauernverband (DBV) reagierte verärgert und mahnte Verlässlichkeit an. „Änderungen im Jahresrhythmus sind ein Vertrauensbruch“, erklärte DBV-Präsident Joachim Rukwied. Auch aus dem Bundestag kam Kritik am Vorgehen der Bundesregierung. Die Agrarsprecherin der Linksfraktion, Dr. Kirsten Tackmann sprach von einer „Klatsche“ für die schwarzrote Koalition. Die Zeche zahlten die Agrarbetriebe.

Länderberichte 35